

Heiliges Jahr 2000 - auf Seiten der Armen

Referat von Friedhelm Hengsbach SJ., Frankfurt am Main

11. November 2000 in Haltern

Liebe Schwestern und Brüder, meine Damen und Herren,

Sie haben mich etwas unter Druck gebracht, weil mein Vortrag von den Überlegungen und Darstellungen ausgehen sollte, die Sie eben vorgetragen haben. Es ist leichter, mit den großen Prinzipien der katholischen Soziallehre: Solidarität, Subsidiarität und Personalität, die raum- und zeitlose Geltung beanspruchen, zu beginnen und sie auf eine konkrete Situation anzuwenden. Derartige Erwartungen wurden vor dem 2. Vatikanischen Konzil an die Soziallehrer gerichtet. Das Konzil aber hat uns empfohlen, die Zeichen der Zeit zu erkennen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten. Diese induktive Vorgehensweise ist aufwendiger, setzt ein großes Gespür und eine große Sympathie für die Ereignisse in der Welt voraus. Da ich dies in einer viertel Stunde sortieren mußte, und selbst wenn mehr Zeit vorhanden gewesen wäre, wird es unvermeidlich sein, daß bestimmte Handlungsfelder ausgeblendet bleiben und die behandelten Themen nur holzschnittartig zur Sprache kommen.

1. Wohin entwickelt sich unsere Gesellschaft?

(1) Die wirtschaftliche Dimension

Es ist unbestreitbar, daß der Reichtum der deutschen Gesellschaft und vermutlich auch der Welt insgesamt wächst. Man rechnet damit, daß das Bruttosozialprodukt, die Gesamtheit der Güter und Dienste, die während eines Jahres hergestellt werden, sich in den letzten 10 Jahren, verdoppelt hat. Norbert Blüm hat vor 10 Jahren bereits gesagt, die Deutschen seien noch nie so reich gewesen wie jetzt. Deutschland hält eine wirtschaftliche Spitzenstellung in Europa und in der Welt.

Gleichzeitig ist zu beobachten, was bisher eigentlich nur für ärmere Entwicklungsländer als charakteristisch galt, daß sich die Schere zwischen denen, die an diesem Wachstum Anteil haben und denen, die davon ausgeschlossen sind, öffnet.

Die Zahl der armen Haushalte, so ist in mehreren Armutsberichten gerade auch der Caritas, bestätigt worden, liegt bei etwa 10 %.

Die Armut hat viele Gesichter. Derzeit ist nicht die Altersarmut das herausragende Problem, sondern die Armut der Kinder und Jugendlichen, der alleinerziehenden Frauen, der ausländischen Familien. Außerdem leben 20% der Bevölkerung in einem prekären Wohlstand. Das ist eine Lebenslage, die nahe der statistischen Armutsgrenze, nämlich 75-50% des Durchschnittseinkommens eines gewichteten Haushalts, zu verorten ist. Wenn man die versteckt und registrierten Armen der Gesellschaft sowie die im prekären Wohlstand lebenden Haushalte zusammenzählt, sind das etwa 30 %. Die Behauptung, daß Deutschland sich auf eine Zwei-Drittel-Gesellschaft hinbewegt, ist ganz und gar nicht realitätsfern.

In Ihren Berichten und Darstellungen ist deutlich geworden, daß im prekären Wohlstand und in der Armut dramatische persönliche Schicksale, psychische Leiden, eine Entwertung des Menschen und dann auch entsprechende Reaktionen: Aggressivität, das Abwälzen des Unbehagens und der Wut nach unten zu beobachten sind.

Die Schieflage der Verteilung von Einkommen und Vermögen wird in der Bundesrepublik und in den europäischen Ländern größer. Daß sich die unterschiedlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse angleichen, ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

(2) Die gesellschaftliche Dimension

Es ist eine Tendenz zu beobachten, daß die Lebensformen sich vervielfachen. Ulrich Beck hat von einem »Individualisierungsschub bisher unbekannter Reichweite und Dynamik« gesprochen. Individuen lösen sich aus den Bindungen der Familie, der Klasse und des Normalarbeitsverhältnisses. Die Normalitätsannahmen, die früher unterstellt werden konnten, sind nicht mehr realistisch.

Daß jeder, der arbeitsfähig und arbeitsbereit war, einen Platz in der gesellschaftlich organisierten Arbeit findet und schließlich eine Erwerbsbiografie von 45 Jahren vorweisen und darauf seinen Wohlstand und seine Altersversorgung gründen konnte, ist nicht mehr der Regelfall, obwohl dieser bei der gegenwärtigen Rentenreform noch unterstellt wird.

Die zweite Normalitätsannahme bestand darin, daß eine Frau lebenslang an einen Partner gebunden war, der über ein ununterbrochenes Erwerbseinkommen verfügte. Diese Annahme ist noch fragwürdiger als die erste geworden, weil jede Frau einen berechtigten Anspruch darauf hat, ein eigenes Einkommen zu beziehen, eine eigenständige, nicht abgeleitete Sicherung im Alter zu erreichen, den Anspruch auf ein eigenes Leben, den eigenen Körper und die autonome Selbstverwirklichung, ohne daß diese Interessen von Kindern, von Männern oder von gesellschaftlichen Rollenmustern abgeleitet wären. Die Individualisierung als Freisetzung von Lebensmöglichkeiten soll für jeden, nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen gelten.

Die Freisetzung des eigenen Lebensentwurfs vom gesellschaftlichen Zwang im Dorf, in der Nachbarschaft, in der Kirche bedeutet allerdings auch, daß Lebensrisiken, die irgendwie unter dem Dach einer religiösen Gemeinschaft, einer Ehe oder einer Nachbarschaft abgefangen werden konnten, nun plötzlich auf die einzelne Person zurückfallen. Das ist die Schattenseite der Individualisierung als Freisetzung, daß gemeinsame Lebensrisiken individualisiert werden, daß die einzelnen mit ihren Gesundheitsrisiken, mit ihren Altersrisiken und gesellschaftlich verursachten Lebensrisiken allein stehen.

Neben der Tendenz der Individualisierung gibt es natürlich auch eine Demontage der Solidarität, die von den Politikern fahrlässig oder mutwillig betrieben wurde. Nicht der Solidarität im Sinne des barmherzigen Samariters, der sich des unter die Räuber Gefallenen erbarmt. Sie haben je vorhin überzeugend bestätigt, wie diese Tugend der Solidarität weiterhin vorhanden ist. Solidarität und Anteilnahme haben offensichtlich nicht abgenommen.

Angesichts der vielen Menschen, die auf der Straße nach Jericho unter die Räuber gefallen sind, ist die Haltung der wirksamen Sympathie, des Füreinander-Einstehens weiterhin lebendig.

Wenn ich von politischer Demontage der Solidarität spreche, meine ich die Zerstörung der Solidaritätsstrukturen. Eine hatte ich eben schon genannt. Die erwerbswirtschaftliche Solidarität, die Kinder und Frauen in die soziale Absicherung beispielsweise bei Krankheit einbezieht. Sie wird systematisch dadurch demontiert, daß Leistungen gekürzt werden und daß verlangt wird, die Patienten sollten sich stärker an den Kosten der Therapie selbst beteiligen. Die Solidarität der Alterssicherung wird ebenfalls politisch demontiert. Man verlangt ein Mehr an privater Vorsorge. Aber die individuellen Krankheitsrisiken und die abweichende Lebenserwartung von Frauen und Männern unterstehen bei der privaten Vorsorge nicht mehr dem solidarischen Ausgleich. Frauen werden privat höhere Beiträge zahlen müssen, damit sie einen Rentenanspruch erhalten, der dem der Männer vergleichbar ist.

Es gibt indessen neue Formen der Solidarität. Nur sind sie noch nicht in festen Strukturen verkörpert. Ehrenamtliche Arbeit, freiwilliges Spenden löst keinen Rechtsanspruch auf Hilfe aus, der zur Grundlage einer sicheren Lebensplanung derjenigen gemacht werden könnte, die in eine Risikosituation hineingeraten. Mildtätige Werke, spontane Sympathie der Starken von oben herab sind kein Grundrecht, das auf verbindlichen Abmachungen oder Verfassungsgeboten beruht. Aber man kann ja darauf hoffen, daß solche neuen Formen spontaner Hilfe und Zuwendung, wie sie hier sichtbar geworden sind, irgendwann in rechtlich verbindliche Leistungen übersetzt werden.

(3) Segmentierung der Lebensbereiche

Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft, die Individualisierung gesellschaftlicher Risiken führt zu einer Abschottung der Lebensbereiche. Die übergreifenden Klammern, die eine Gesellschaft zusammenhalten, werden brüchig. Volksparteien ringen um ihre Glaubwürdigkeit. Sie gliedern sich in einzelne Interessengruppen, Arbeitsgemeinschaften, Splitterguppen, im Extrem gar in einander bekämpfende Flügel, die allenfalls durch den Druck, den Kanzler bis zur nächsten Wahl nicht fallen zu lassen, zu einer Einheit zusammengeschmolzen werden.

Aber auch der Wohnbereich, das traditionelle Arbeitermilieu, das katholische Milieu lösen sich auf. An deren Stelle, so heißt es, seien Szenen getreten: fließende lebensweltliche Milieus, in denen man sich wohl fühlt. Aber diese Szenen bleiben auch geschlossen und schließen einander aus. Auf der einen Seite die Szene der Aufsteiger, auf der anderen Seite die Szene derjenigen, die in die Suppenküche gehen. Es gibt kaum Brücken, die über die Szenengrenzen hinausführen. Die einzelnen Gruppen haben nichts mehr miteinander zu tun.

Lazarus und der Reiche sind nicht nur durch die Tür getrennt, durch die Hunde herauslaufen, um die Wunden zu lecken. Ein tiefer Abgrund liegt zwischen Lazarus in Abrahams Schoß und den Reichen, die sich quälen; und es ist niemand da, nicht einmal einer, der von den Toten aufersteht, der diesen Abgrund überbrücken kann. Die Reichen halten sich die Zuwanderer und die Bettler vom Leib - mit Hilfe des Geldes und der privaten Sicherheitsdienste, deren Zahl die der Polizei und des Bundesgrenzschutzes übertrifft.

Die Europäer halten sich mit Hilfe eines infraroten Schirms an der Außengrenze die Zuwandernden vom Leib.

Eine weitere Trennlinie abgeschotteter Lebensbereiche verläuft zwischen der alltäglichen Lebenswelt und der Medienwelt. Was die Medien für wichtig halten: den Dax, den Wechselkurs von Euro und US-Dollar, ist für die Millionen Arbeitslosen nur von zweitrangigem Interesse. Umgekehrt sind die Arbeitslosenzahlen für die Medien nicht mehr interessant. Die täglichen Nachrichten über Dow Jones und Nasdaq vermitteln den Eindruck, als würden die Deutschen ihren Lebensunterhalt durch den Ankauf und Verkauf von Aktien verdienen und nicht durch Erwerbsarbeit. Die Medien produzieren eine Welt der großen Schlagwörter. Manche sprechen von Plastik-Wörtern. Das sind Wörter, die um den Globus jagen, Köpfe und Herzen der Menschen besetzen und die gesamte Lebenswelt um sich herum orientieren.

Die Segmentierung der Lebensbereiche wird weiterhin erkennbar, wenn man die Finanzmärkte auf der einen Seite und die realwirtschaftlichen Prozesse auf der anderen Seite betrachtet. Gemäß der reinen Theorie sollen die Finanzmärkte den Investitionen dienen, sollen das Anlagekapital dahin lenken, wo es optimal verwertet wird. Tatsächlich scheinen die Finanzmärkte sich von den realwirtschaftlichen Prozessen abgelöst zu haben.

Die Wechselkursschwankungen, die Flatterhaftigkeit der Kurse haben wenig mit dem Leistungserfolg eines Unternehmens oder mit der realen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu tun. Stimmungen, subjektive Erwartungen, kollektive Infektionen treiben die Kurse hinauf und hinunter.

Wenn es dann zu Währungsattacken kommt, die eine Währung abstürzen lassen, wirken sich die monetären Prozesse verheerend auf ganze Volkswirtschaften aus. Infolge der sogenannten Asienkrise sind in Indonesien 25% der Bevölkerung arm geworden. Aber im Normalfall hat man den Eindruck, daß zwei Welten nebeneinander existieren: spekulative Blasen auf der einen Seite, Investitionen, Produktion, Massenkaufkraft und Konsum auf der anderen Seite.

2. Welche Visionen und Projekte sind in der Gesellschaft lebendig?

Welche Visionen und Projekte sind in der Gesellschaft zu beobachten? Einige Stichworte lassen sich als Reaktion auf das, was ich eben gehört und miterlebt habe, nennen.

(1) Die Themen und die Menschen, die Sie heute morgen angesprochen haben, kommen in den gesellschaftlichen Visionen und Projekten nicht vor. Sie sind einfach nicht da. Sie könnten gar vom Erdboden verschwinden, ohne daß die Aktienmärkte oder die ökonomische und politische Klasse es bemerken würden. Ich will das verdeutlichen an einigen Schlüsselwörtern, die die gesellschaftliche Diskussion und die öffentliche Meinung bestimmen.

(2) »Globalisierung«: Dieser Begriff könnte nahelegen, daß die Welt endlich ein Dorf wird. Alle werden miteinander vernetzt. Das Internet schafft eine egalisierte, herrschaftsfreie demokratische Weltgesellschaft, in der keine Hierarchie oder Autorität lebenswichtige Erkenntnisse und Informationen sperren kann. Die Realität ist jedoch nicht so.

Der Begriff verstellt die Tatsache, daß nur 20 % der Weltbevölkerung miteinander kommunizieren und sich 80% des weltwirtschaftlichen Reichtums aufteilen, während die anderen weiterhin davon ausgeschlossen bleiben. Für Deutschland bedeutet Globalisierung Europäisierung.

Denn zwei Drittel des Außenhandels und der ausländischen Direktinvestitionen werden mit den anderen Industrieländer Westeuropas abgewickelt.

(3) »Wissensgesellschaft«: Der Bundeskanzler hat für die zweite Legislaturperiode angekündigt, die Regierung wolle Deutschland fit machen für die Wissensgesellschaft.

Was versteht er unter Wissensgesellschaft? Die Wissensgesellschaft zeichnet sich angeblich dadurch aus, daß der Produktionsfaktor Wissen und nicht mehr die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital die erste Rolle spielen. Auf welche Subjekte bezieht sich dieses Wissen? Auf die Hochschulabsolventen?

Auf die sogenannten »Wissensarbeiter«, denen die Masse der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger, Geringqualifizierten und Niedrigentlohnerten gegenübersteht, die man für einfache Dienste braucht? Sind die Wissensarbeiter vorwiegend Männer, während den Frauen die einfachen Dienste mit geringer Entlohnung oder die unentgeltlichen Hausarbeiten und Erziehungsarbeiten zugewiesen werden? Enthält der Begriff des Wissens die Fähigkeit von Menschen, zu urteilen, abzuwägen, das Gute und das Böse, das Richtige und das Falsche voneinander zu unterscheiden? Wird in der kognitiven Verengung des Begriffs ausgeblendet, daß es in einer zukunftsfähigen Gesellschaft auf Zuwendung, auf kommunikative und humane Fähigkeiten ankommt? Diese kognitive Verengung kommt in Stellungnahmen namhafter Pädagogen zum Ausdruck, die meinen, daß in Zukunft die Schulen sich streng auf die Vermittlung von Sachkompetenz beschränken sollten, während die Vermittlung von sozialer und ästhetischer Kompetenz den Eltern und den freien Bildungseinrichtungen überlassen bleibt.

(4) »Bündnis für Arbeit«: Was sind die Visionen oder Resultate des angeblich wichtigsten Regierungsprojekts dieser Legislaturperiode? Die Gesprächspartner sind stolz über die beschlossene Ausbildungsinitiative bzw. den erreichten Ausbildungskonsens.

Die Regierung hat 5 Mrd. Mark bereitgestellt (auch über das erste Jahr hinaus), um Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, ein ihnen entsprechendes Angebot zu machen. Dann sollen in zwei Bundesländern mit dem sogenannten Niedriglohnsektor Erfahrungen gesammelt werden. Vermutlich wird das Bündnis für Arbeit dazu führen, daß lokale und regionale Initiativen ermutigt werden, um zusätzliche Beschäftigungsfelder ausfindig zu machen. Die Spitzengespräche des Bündnisses für Arbeit werden allerdings von Männern geführt, von der Industrie, von den Konzernen und von der Exportwirtschaft. Personnahe Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit und Erziehung, die möglicherweise in der Zukunft eine größere Bedeutung für die Gesellschaft bekommen werden, sind dort nicht vertreten.

(5) »Leitkultur«: Verstecken sich hinter der aufgeflackerten Debatte jahrzehntelange Ängste deutscher Bürger(innen) vor den Ausländern, vor der Überfremdung der deutschen Gesellschaft? Ist diese Debatte ein Alibi - vergleichbar dem von der taz als Staatsdemonstration deklarierten »Aufstand der Anständigen« gegen rechte Gewalt?

Ist der Ruf nach Polizei und Gerichten und einem politischen Verbot der NPD als Reaktion auf die Gewaltausbrüche von Jugendlichen in Ostdeutschland mehr als politischer Aktionismus? Von der Staatsgewalt, die gegen Asylbewerber ausgeübt wird, von konkretem Unrecht, das Flüchtlingen angetan wird, indem allgemeine Gesetze im außerordentlichen Einzelfall rigoros angewendet werden, ist nicht die Rede. Auch nicht von ausländischen Frauen, die als Freiwild nach Deutschland eingeschleppt werden und in der Illegalität untertauchen müssen. Leitkultur ist vielleicht nur ein Kampfbegriff, der einen geschlossenen Ring um kleinkarierte Milieus zieht.

(6) »Europäische Union«: Welche Wertmaßstäbe werden hervorgekramt, um den Kreis derjenigen, die aufgenommen werden, möglichst eng zu ziehen? Die Kriterien für die, die hinzukommen dürfen, werden meist rein ökonomisch abgesteckt. Die herrschenden Vorstellungen einer neo-liberalen Wirtschaftspolitik müssen von den »Neuen«, von Polen, von Slowenien oder von Ungarn bejaht werden. Kulturelle Bereicherung oder die Chance der Vielfalt sind bei Fragen der Osterweiterung ausgeklammert. Verhandelt wird jedoch darüber, wie die elektronisch gehärtete Grenze des Schengener Abkommens und der Schutzwall der EU, der die Einwanderung eindämmen soll, nach Osten erweitert werden können.

(7) »Schuldenkrise«: Der Schuldenerlaß 2000 war die bisher größte internationale soziale Bewegung, die den IWF darin bestärkt hat, den G7 vorzuschlagen, daß 41 ärmste und hochverschuldete Länder nun einen Schuldenerlaß zugesichert bekommen. Allerdings müssen sie sich sechs Jahre wohl verhalten und sich als Musterschüler des Internationalen Währungsfonds erweisen. Dann können die Gläubiger in zwei Punkten noch einmal überprüfen und beurteilen, ob sie einen Schuldenerlaß wirklich verdienen. Nicht vorgesehen ist, daß eine unabhängige Institution darüber urteilt, was tragfähige Schulden sind, ob den Schuldnern ein Mindeststandard menschenwürdigen Lebens garantiert bleibt, den auch die Gläubiger mit ihren Forderungen nicht antasten dürfen.

(8) »Rentenreform«: Die bisherigen Reformentwürfe sind auf diejenigen zugeschnitten, die über eine 45jährige Erwerbsbiographie verfügen. Aber auch ihnen werden die bisherigen Solidaritätsstrukturen zerschlagen - zum einen die paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zum anderen der solidarische Ausgleich, der darin besteht, daß die Beiträge nach der Leistungsfähigkeit erhoben werden, die Ansprüche dem Bedarf entsprechen. So wurden die Risiken des längeren Lebens und der höheren Lebenserwartung solidarisch ausgeglichen. Bedürftige sowie Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen und Teilzeitarbeit kommen in der Reform insofern nicht vor, als diese Gruppen kaum mit einer existenzsichernden Rente rechnen können.

(9) »Finanzmärkte als Fünfte Gewalt«: Rolf E. Breuer, der Vorstandssprecher der Deutschen Bank hält die internationalen Finanzmärkte für eine Art fünfter Gewalt in der Demokratie. Die Finanzmärkte kontrollieren nicht nur Unternehmen, sondern auch nationale Regierungen.

Diese konkurrieren um die Kapitaleigner, indem sie bestimmte Leistungs- und Abgabepakete anbieten: Zum einen eine öffentliche Infrastruktur, Energieversorgung, Verkehrswege, attraktive Wohnlagen, Bildungseinrichtungen, ein kulturelles Angebot, eine freundliche Umwelt.

Zum andern möglichst geringe Steuern, Sozialabgaben, Löhne, Umverteilung. Die nationalen Regierungen sollten sich auf diese berechtigten Interessen der Anleger einlassen, ihre Politik ins Schlepptau der internationalen Finanzmärkte nehmen und ihre Politik daraufhin orientieren. Denn die täglichen autonomen Entscheidungen von Hunderttausenden von Anlegern seien den vierjährigen Parlamentswahlen vorzugswürdig, meint Breuer.

(10) »Rückkehr der Gerechtigkeitsfrage«: Nach Wolfgang Thierse ist die Gerechtigkeitsfrage in die Gesellschaft zurückgekehrt. Ist sie das? Wolfgang Clement will das Gerechtigkeitsideal von der Gleichheitsvorstellung entrümpeln.

Wer sich an solchen Gerechtigkeitsvorstellungen festklammert, werde Schiffbruch erleiden. Vertretbare zeitweilige Ungleichheiten müssten hingenommen werden, weil dadurch am Ende ein Mehr an Wohlstand und Gerechtigkeit entsteht. Die Gerechtigkeit müsse den Herausforderungen der neuen Weltwirtschaft angepaßt werden. Eine progressive Einkommensbesteuerung beispielsweise sei nicht gerecht, wenn sie Talente oder Initiativen von Einzelnen lähmt und Entfaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft einschläfert.

Es sei gerecht, Spitzenbegabungen und Spitzenleistungen zu fördern, weil sonst wertvolle Begabungen verloren gehen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft Schaden erleidet. Man müsse auf dem Arbeitsmarkt herkömmliche Institutionen und herkömmliche Rechtsansprüche wie flächendeckende Tarifverträge oder Sozialleistungen, die von den Betrieben erbracht werden, zurücknehmen. Und schließlich müsse man den Sozialstaat zurückführen auf seine Kernaufgaben für die wirklich Bedürftigen; die andern müssten stärker auf ihre Eigeninitiative und Selbstverantwortung hingewiesen werden. Es müsse eine Kultur der Eigenverantwortung entwickelt werden.

(11) »Gegen-Trends«? Ein erstes Signal kann darin gesehen werden, daß während der Administration Clinton versucht wurde, in den USA ein Sozialsystem einzurichten, das dem europäischen ähnelt. In der führenden Wirtschaftsnation der Welt, in der politischen und militärischen Hegemonialmacht gab es also politische Akteure, die aus den Erfahrungen, die in Europa mit Strukturen der Solidarität gemacht wurden, lernen wollten.

Die Mehrheit des Kongressen hat sich dem entzogen, weil das dem amerikanischen Stil mehr entspricht, daß jeder erst einmal auf sich vertraut, aus dem Gewinn, den er auf Grund seiner eigenen Leistung erzielt, leben und aus dem Überfluß den Benachteiligten etwas abgeben zu können. Dennoch ist das - wenngleich gescheiterte - Gesetzesvorhaben ein Zeichen der Trendwende.

Ein zweites Signal kann in dem Streit um die Vor- und Nachteile des US-amerikanischen und europäisch-kontinentalen Finanzsystems und der unterschiedlichen Formen der Unternehmenskontrolle gesehen werden. In den USA werden die Unternehmen vorwiegend über die Aktienmärkte kontrolliert.

Die Unternehmen gelten dann zuerst als Vermögensgegenstände in den Händen der Aktionäre. Diese setzen Manager ein und ab, sortieren Unternehmensteile aus, behalten die Filetstücke, während sie den Rest samt Belegschaften verschrotten. Umgekehrt orientieren sich die Manager fast ausschließlich an den Aktienkursen der Unternehmen.

Ein solches System begünstigt kurzfristige Entscheidungen und ist von subjektiven Stimmungslagen abhängig, deshalb tendenziell instabil. Das kontinental-europäische Finanzsystem ist bankendominiert. Die Unternehmen werden durch sachliche und persönliche Verflechtungen zwischen Banken und Industrieunternehmen kontrolliert. Die Unternehmen werden als Personenverbund von Belegschaften, Managern, Anlegern und Banken begriffen. Die vorrangige Perspektive sind langfristige Unternehmensziele, die der Beschäftigung, der Massenkaufkraft, dem Massenkonsum ein größeres Gewicht einräumen. Ein ähnlicher kritischer Vergleich wird zwischen den Pensionsfonds, den institutionellen Großanlegern, die die private, kapitalgedeckte Altersversorgung organisieren, und den kontinental-europäischen, solidarischen und umlagefinanzierten Sicherungssystemen vorgenommen.

Ein drittes Signal sind Äußerungen des ehemaligen Chefökonom und Vizepräsidenten der Weltbank, Joseph Stiglitz. Er schätzt die gegenwärtige Situation so ein, daß zehn Jahre lang das neo-liberale Dogma verbreitet worden sei: Vertraue auf die Selbstheilungskräfte des Marktes! Halte den schlanken Staat für den besten aller möglichen Staaten! Überlaß der Notenbank den Kampf gegen die Inflation, auf daß automatisch Wachstum und Vollbeschäftigung eintritt! Diese drei Glaubenssätze wurden als »Washington-Konsens« bezeichnet. Er wurde über den IWF allen Entwicklungsländern auferlegt, die in Zahlungsbilanzschwierigkeiten und in Umschuldungsverhandlungen geraten oder einfach zahlungsunfähig waren. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts gelte, so Stiglitz, jedoch folgende Einsicht, der sogenannte »Post-Washington-Konsens«: Die Märkte können sich nicht selbst überlassen bleiben. Das führt nur zu einer Vermachtung der Wirtschaft. Aber wer soll die Märkte regeln? Regionale Einrichtungen wie die europäische Währungsunion oder internationale Vereinbarungen müssten verstärkt werden. Die Finanzmärkte müssten einem politischen Rahmen unterworfen werden, der sie stabilisiert. Die Geldwaschanlagen in den bankfreien Zonen müssten überwacht werden. Entwicklungsländer sollten das Recht haben, sich gegen kurzfristige Kapitalströme abzusichern. Die internationale Aufsicht der Finanzinstitute müßte intensiviert werden. Die Kooperation der Notenbanken und Aufsichtsbehörden sollte nicht nur als Feuerwehr, sondern als Brandschutz funktionsfähig werden. Die Wiederentdeckung des Politischen, die Rückkehr der politischen Absicht, den Abläufen der Wirtschaft sich nicht einfach auszuliefern, sondern sie gestaltend in die Hand zu nehmen, ist ein Gegentrend zur Liberalisierung und Privatisierung der Ökonomie..

3. Welche Rolle spielen die Kirchen?

(1) Dem **gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage** ist ein Konsultationsprozeß vorausgegangen, der dem Wort der Kirchen ein besonderes Profil gegeben hat. Aber dieser Prozeß, der gleichsam die Botschaft war, hat das Selbstverständnis der Kirchen beeinflusst. In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten sie sich vorrangig als dem Staat gegenüberstehende Körperschaften öffentlichen Rechts begriffen, die einen verfassungsrechtlichen Sonderstatus genossen. In der Folgezeit neigten sie dazu, sich als Weltanschauungsverbände zu verstehen, die im Konzert der Interessenverbände eine Sonderstellung einnahmen, weil sie - in einer gewagten Interpretation des sogenannten »Böckenförde-Paradoxons«, gemäß dem der Staat auf Wertvoraussetzungen ruht, die er sich selbst nicht geben kann - über Wertorientierungen, die den Zusammenhalt einer Gesellschaft gewährleisten, verfügten und sich als unverzichtbar hielten, diese der Gesellschaft zu anbieten und zu erschließen.

Mit dem Konsultationsprozeß und dem gemeinsamen Wort kam eine Tendenz zum Höhepunkt, nach der die Kirchen sich als Bestandteil der Zivilgesellschaft empfanden. Sie hielten es nicht mehr für angemessen, Expertenpapiere den Staatsorganen auf den Tisch zu legen, sondern sahen in der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit den ersten Ansprechpartner ihrer Wertorientierungen und politischen Vorschläge.

Die Kirchen übernahmen die Rolle einer religiös-sozialen Bewegung, traten gleichsam aus der Turmfenster-Position neutraler, außenstehender Beobachterinnen heraus, begaben sich in das »gesellschaftliche Gebrodel«, und suchten im Dialog mit anderen gesellschaftlichen Gruppen gemeinsame Problemlösungen zu erarbeiten. Diese Erfahrungen während der Konsultation und der Redaktion des gemeinsamen Wortes werden, so ist zu hoffen, gerade unter veränderten **partecipolitischen Verhältnissen nicht versickern sondern wiedererweckt.**

(2) Die kirchlichen Gemeinden und Ortskirchen in Deutschland werden durch die öffentlichen Stellungnahmen der evangelischen und katholischen Zentralen, in denen sich stärker, als das für deutsche Dokumente gilt, die **Lebenslagen und Interessen der Kirchen in der Dritten Welt** spiegeln, zum einen mit dem Leidensdruck der Kirchen weltweit und zum anderen mit deren reflexiven und praktischen Reaktionen darauf konfrontiert. Diese globale Vernetzung versetzt die deutschen Kirchen in die Lage, stets die Kirchen jenseits der Grenzen des weltwirtschaftlichen Nordens im Blick zu haben, und eine kritische, prophetische Rolle in den öffentlichen Auseinandersetzungen über eine globale Wirtschaft und eine internationale Politik zu übernehmen.

(3) Vor fünf Jahren entstand das KirchenVolksbegehren: »Wir sind Kirche«. Die Bewegung hat der katholischen Kirche drei innovative Impulse vermittelt: Erstens hat sie an die profilierten Aussagen des 2. Vatikanischen Konzils über das Volk Gottes und damit das Reformanliegen eines veränderten Kirchenbildes angeknüpft. Dieser ursprüngliche Impuls war seit der römischen Bischofssynode 1985 verloren gegangen, auf der die »communio« als beherrschendes Leitbild der Lehre von der Kirche propagiert worden ist, wobei die »communio« in erster Linie als Gemeinschaft der Bischöfe untereinander und mit dem Papst einen feudalen Akzent erhielt.

Das Wort vom »Volk Gottes« erinnert daran, daß der priesterliche Charakter und der unfehlbare Glaubenssinn zuerst allen Christen und nur davon abgeleitet besonderen Amtsträgern zuerkannt sind. Daraus folgt zweitens, daß das erste Subjekt des Glaubens die einzelnen Christen sind, die vom Heiligen Geist gesammelt und in die Nachfolgegemeinschaft Jesu gerufen sind. Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, bildet sich die Gemeinde Jesu Christi, Kirche. Ob aus dem Netz der Gemeinden ein raum- und zeitloses Konstrukt Kirche systematisiert werden kann, mag einer methodischen Reflexion der Theologie überlassen bleiben. Auf keinen Fall kann ein solches neuplatonisches Konzept in ein asymmetrisches Verhältnis von kirchlicher Zentralmacht und lokaler Kompetenz umgedeutet werden.

Drittens wurde auf der römischen Bischofssynode 1971 erklärt, daß die Kirche, bevor sie die Welt zu einem gerechten Handeln auffordert, zuerst vor den Augen der Welt selbst gerecht dastehen muß. Gerechtigkeit in der Welt ist nicht zu erwarten ohne Gerechtigkeit in der Kirche selbst, beispielsweise die Anerkennung von Grundrechten, eine zeitgemäße Verfassung,

Kontrolle der Amtsträger durch das **Volk Gottes, Gleichstellung von Männern und Frauen, faire Chancengleichheit bei den Zugangsbedingungen zu kirchlichen Ämtern.**

(4) Vielen Christen ist die **Pluralität in den Kirchen** nicht geheuer, sie sehnen sich nach der früheren Uniformität der katholischen Kirche zurück, da die Amtsträger die zeitlosen Grundsätze der katholischen Soziallehre verkündeten, die die Laien in einer konkreten Situation anzuwenden hatten. Doch die Pluralität der modernen Gesellschaft spiegelt sich in der kirchlichen Individualisierung und Subjektivierung, in der Pluralität kirchlicher Gruppen und Initiativen. Eine hierarchisch und patriarchal verfestigte Kirche neigt dazu, sich vom gesellschaftlichen Wandel abzulösen und ausschließlich an die Tradition zu klammern.

Eine in lebendige Gemeinden und Gruppen ausdifferenzierte Kirche ist mit den verschiedenen Lebenswelten der Gesellschaft verknüpft, kann mitleiden und sich mitfreuen mit dem, was die gegenwärtigen Menschen bewegt. So beziehen die Kirchen ihre Vitalität »von unten«, von den Initiativen, spontanen Engagements vor Ort, von den individuellen und gemeinsamen Antworten, die auf eine außergewöhnliche Situation, die von allgemeinen Regeln und hierarchischen Strukturen nicht mehr erfaßt wird, gegeben werden.

(5) Die **Pioniere kirchlicher Bewegung** fühlen sich häufig wie auf einem vorgeschobenen Posten, einsam und verlassen. Sie wünschen sich die Rückendeckung des Bischofs oder der Mehrheit in ihren Kirchen. Eine solche Hoffnung müssen sie sich jedoch meist abschminken oder in eine ferne Zukunft verlagern. Die Vertreter der Hierarchie sind oft angstbesetzte Zauderer. Sie verstecken sich hinter der ratlosen und verunsicherten Mehrheit der Christen, die von den Parteien als manipulierbare neue Mitte umworben wird. Wagnis und Aufbruch, prophetische Kritik und Richtungswechsel liegt mittelmäßigen Christen fern.

Aber woher beziehen »Wagnischristen« dann ihre Gewißheit? Nicht aus der aktuellen Zustimmung der Mehrheit, sondern aus der Evidenz gemeinsamer Erfahrungen gelingenden Lebens und aus dem Vorgriff des gelebten Glaubens, daß uns von Gott eine geschwisterliche Welt zugesagt ist, die noch über die Handlungsmöglichkeiten hinausgeht, die wir in unserer Lebenswelt bisher ausprobiert haben.

4. Welche Visionen und Hoffnungen haben wir selbst?

(1) Senile Gesellschaften, die keine Zukunft mehr erwarten, starren in die Vergangenheit und verlegen sich auf die Feier von Jubiläen. Zahlreiche Katholiken haben jedoch den verordneten Jubel in eine Option für die Armen und weltweit mit anderen Christen - in der Erinnerung an das jüdische Jubeljahr - als ein Erlaßjahr für die ärmsten, am meisten verschuldeten Länder umgedeutet. **Das Jubiläum wird so zu einem Anlaß, zu den ursprünglichen Quellen zurückzukehren**, zur Praxis des Jesus von Nazareth, der Blinde sehen, Lahme gehen, Aussätzige rein werden ließ und den Armen die frohe Botschaft von Gottes Heil verkündete.

(2) Wir hatten früher gelernt, Glaube sei das Fürwahrhalten dessen, was Gott geoffenbart habe und die Kirche zu glauben lehre. Inzwischen haben wir den Glauben als ein neues Selbstverständnis begriffen. Johann Baptist Metz hat uns jedoch beigebracht, daß Glauben Praxis ist. **Glauben ist eine Form des Handelns.**

Dann ist der erste Ort des Glaubens nicht die Liturgie oder das Lesen des Katechismus, sondern unsere alltägliche Lebenswelt der Arbeit, der Beziehung, der Sorge und Verantwortung füreinander im Beruf, in der Familie, in der Nachbarschaft. Erst danach kommt das Bekenntnis in der Liturgie, in der Meditation oder im Austausch zusammen mit anderen. Die Initiativen, die heute morgen vorgestellt wurden, haben dieses Verständnis des Glaubens bestätigt. Sie haben den Glauben vom Kopf auf die Füße gestellt.

(3) Wir sind darum bemüht, die öffentliche Meinung, die von den Machträgern und den Medien produziert wird, durch eine **Gegenöffentlichkeit** zu neutralisieren. Aber nur wenn wir in die Lebenswelt derjenigen eintreten, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt und ausgegrenzt werden, können wir diese Menschen und die sie bewegenden Themen ins Zentrum der Öffentlichkeit zurückzuholen: versteckte Armut, sexuelle Ausbeutung, Willkür im Strafvollzug.

(4) Als ich einem Mitbruder ein Buchmanuskript mit dem Titel: »Die ändern im Blick« zur kritischen Durchsicht vorlegte, antwortete er mir, für seine Arbeit mit Flüchtlingen sei der Text wertlos. Die von mir gemeinten »ändern« seien zwar Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Frauen und Ausländer, aber immer nur solche, die sich legal in der Bundesrepublik aufhalten. Der »Illegale« komme überhaupt nicht vor.

Er hat absolut Recht. Die Gerechtigkeit einer Gesellschaft kann ich nur von ihrem Rand her, nein: von jenseits ihres Randes her beurteilen, wie sie nämlich mit den illegal gemachten Menschen umgeht. Wenn wir diese Position ernst nehmen, wird es nicht mehr rätselhaft sein, für den Respekt vor dem unvertretbar einzelnen Menschen in außergewöhnlichen Situationen einzutreten, der durch das Gitter angeblich fairer Regeln und Gesetze fällt, die im Einzelfall mehr Unrecht als Gerechtigkeit bewirken. Dann kann auch **ziviler Ungehorsam** von uns gefordert sein - mit all den Konsequenzen, die sich aus gesetzwidrigem Handeln für uns ergeben.

(5) Innovative Initiativen blühen auf durch einzelne, die wach sind, oder kleine überschaubare Gruppen. Ohne Rückhalt und Verbündete bleiben wir ohnmächtig. Wir brauchen **praktische Verbündete**, auch wenn diese unsere Überzeugungen nicht teilen: Verbündete in der Verwaltung, im bürgerlichen Milieu, unter den kirchlichen Amtsträgern. Weil es uns darum geht, daß unsere Anliegen eine breite gesellschaftliche Resonanz finden, können wir uns die Bündnispartner nicht immer nach der Gesinnung aussuchen, die mit unseren Theorien übereinstimmt, sondern nach deren Macht, unsere **Absichten politisch wirksam werden zu lassen**.

(6) Wie sexistisch unsere Gesellschaft verseucht ist, ist an deren äußerstem Rand offenkundig geworden. Zwar werden derzeit ostdeutsche Frauen und 20jährige Frauen durch die Arbeitsmarktlage und die Propaganda der »New Economy« entmutigt, eigene Lebensentwürfe von Arbeit und Leben, Beruf und Familie zu träumen; statt dessen halten sie Ausschau nach dem Devisenhändler oder Informatiker, den sie heiraten können. Aber der **Traum von Gleichstellung und Autonomie** muß nicht schon ein für alle Mal ausgeträumt sein: daß nämlich Männer und Frauen den Lebensentwurf verwirklichen, der ihren Begabungen und Interessen entspricht, und daß sich nicht willenlos in die ökonomisch und gesellschaftlich diktieren Rollenmuster pressen lassen.

(7) Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist noch kein hinreichender Grund, das Ende der Arbeit zu proklamieren. Auf absehbare Zeit wird die **Erwerbsarbeit** der Hauptschlüssel, wenn auch nicht der einzige Schlüssel des Zugangs zu materiellem Wohlstand, persönlicher Identität und gesellschaftlicher Anerkennung sein. Deshalb gehen die Angebote an Arbeitslose, die Arbeitslosigkeit als Chance schöpferischer Freizeit zu betrachten, oder sich für Bürgerarbeit zu bereiten zu finden, an der Situation der aus dem Erwerbsleben Ausgeschlossenen vorbei. Diese wollen Erwerbsarbeit, kein Almosen. Das Ende der Industriearbeit ist ja auch nicht das Ende der Arbeit überhaupt. Dringende Bedürfnisse einer breiten Bevölkerungsschicht in den neuen Bundesländern, in Osteuropa und in der dritten Welt sind noch nicht befriedigt, dringende öffentliche Aufgaben noch nicht erledigt, der **ökologische Umbau der Marktwirtschaft** liegt noch als eine säkulare Aufgabe vor uns.

Im Bereich der Gesundheit und Pflege, der Erziehung und der Kultur entsteht eine wachsende Nachfrage, der das durch Sparhaushalte verknappte öffentliche Angebot nicht gerecht wird. Es ist auch nicht einzusehen, warum auf den Wohlstandsgewinn, den Arbeitsteilung, Markt- und Geldwirtschaft sowie Erwerbsarbeit möglich gemacht haben, in Zukunft verzichtet werden sollte. Die **soziale Sicherung** sollte jedoch nicht mehr ausschließlich an die sogenannte Erwerbsarbeit, sondern an jede gesellschaftlich nützliche Arbeit gekoppelt sein, unabhängig davon, ob diese marktförmig organisiert ist oder nicht, ob sie bezahlt wird oder nicht. Und unabhängig von der Arbeitsleistung eines Menschen, der ja nicht durch seine Arbeitskraft sondern durch die Personwürde definiert wird, sollte jeder Person, die sich berechtigt im Geltungsbereich der Verfassung aufhält, ein menschenwürdiges Leben gesichert sein.

(8) Allem Gerede von Globalisierung, Flexibilisierung und Mobilität zum Trotz pulsiert unser Leben in **lokalen und regionalen Räumen**. Wir beobachten derzeit aufmerksam, daß der jederzeit flexible und mobile Mensch nicht zum Nulltarif zu haben ist. Er bezahlt seinen Preis, nämlich den Verlust an Bindung, Beziehungsfähigkeit, Stabilität und Verlässlichkeit. Eine junge Informatikerin hat ihren Widerspruch gegen die totale Vernutzung einmal so formuliert: »Es gibt in meinem Leben mehr, als mit Microsoft zu arbeiten, zu essen, zu trinken und zu schlafen.

Wer mir die Verfügung über die eigene Zeit raubt, nimmt nicht nur mir, sondern auch denen das Leben, mit denen ich meine Zeit teilen möchte«. Es mag sein, daß flexible Arbeitszeiten den Individuen ein Mehr an privat verfügbarer Zeit für das Nichtstun, das Spiel und die Fantasie gewähren. Aber freie Zeit, die der einzelne für sich hat, ist noch keine Festzeit. Festzeit habe ich nur gemeinsam mit anderen. Der kleine Prinz von Antoine de Saint-Exupéry läßt sich vom Fuchs belehren, daß es besser sei, zur selben Stunde zu kommen, weil er dann bereits eine Stunde vorher anfangen könne, glücklich zu sein. »Wenn du aber irgendwann kommst, kann ich nie wissen, wann mein Herz da sein soll... Es muß feste Bräuche geben«.

(9) Den römischen Dokumenten über Glaubens- und Kirchenfragen steht eine panische Angst vor kirchlichem Identitätsverlust in den Zeilen geschrieben. Eine katholische Kirche in panischer Angst verliert zunehmend ihre Erkennbarkeit als Kirche Jesu Christi. Deshalb haben **kirchliche Basisinitiativen** aus gutem Grund ein **ökumenisches Gesicht**. Wir dürfen es nicht zulassen, daß ökumenisches Glauben, Engagement und Feiern - und das gilt auch für das gemeinsame Herrenmahl - durch ein verbohrtens Amtverständnis, durch mittelalterliche Deutungsmuster und konfessionelle Abgrenzungsgänge verstellt wird.

Wo zwei oder drei im Namen Jesu handeln, glauben und feiern, da ist in erster Linie der Geist Jesu derjenige, der uns ruft, sammelt und sendet - und erst abgeleitet ein Papst, Bischof oder Pfarrer.

Eine Spiritualität und Theologie des Heiligen Geistes sollte deshalb die herkömmliche Christologie, die häufig in eine Zementierung konfessioneller Liturgie- und Amtsstrukturen einmündet, ablösen und einen ökumenisch sowie interreligiös gemeinsamen Glauben reflektieren.